

## DEUTSCHLAND

- Das Pro-Kopf-BIP verharrte in den letzten Jahren nahe dem Durchschnitt der führenden OECD-Länder. Eine hohe Arbeitsmarktteilnahme und geringe Arbeitslosigkeit begrenzen den Spielraum für Beschäftigungszuwächse. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist jedoch nach wie vor niedrig, was der geringen Vollzeitbeschäftigung der Frauen zuzuschreiben ist. Die Zuwanderung ist hoch, und die zahlreichen Flüchtlinge, die in der letzten Zeit ins Land gekommen sind, müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität ist trotz der schwachen Investitionstätigkeit kürzlich etwas gestiegen.
- Die Einkommensungleichheit hat in den letzten Jahren leicht zugenommen, ist aber nach wie vor – ebenso wie die Armut – geringer als im OECD-Durchschnitt.
- Zwar wurden Schritte unternommen, um die Schulabbrecherquote zu senken und die frühe Selektion im Schulsystem zu begrenzen, doch besteht nach wie vor ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsergebnissen und sozioökonomischem Hintergrund, und die Bildungsausgaben für sozioökonomisch benachteiligte Schüler sind weiterhin vergleichsweise gering. Das Angebot an formaler Kinderbetreuung ist gestiegen, womit Hindernisse für die Erwerbsbeteiligung von Frauen abgebaut wurden. Wenig erreicht wurde im Hinblick auf den Abbau von Wettbewerbshindernissen im Dienstleistungssektor sowie die Senkung der Arbeitsbesteuerung. Kaum Fortschritte wurden bei der Verringerung der Unterschiede zwischen dem Beschäftigungsschutz von befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen erzielt. Allerdings ist der Arbeitsmarkt leistungsstark und weiterhin erfolgreich bei der Integration junger Arbeitskräfte, weshalb es mit Blick auf das geringe Produktivitätswachstum dringender erscheint, regulatorische Hindernisse für die Ressourcenreallokation zu beseitigen.
- Durch die Beseitigung von Hindernissen für die Vollzeitbeschäftigung von Frauen würden sich deren Beschäftigungs- und Karrierechancen verbessern, was erhebliche positive Effekte in Form einer Steigerung des BIP und der Lebensqualität sowie einer Verringerung der Armutsrisiken hätte. Mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung würde zu besseren Verdienstaussichten am unteren Ende der Einkommensverteilung führen. Der Abbau von Hindernissen für den Wettbewerb im Dienstleistungssektor und die Ressourcenreallokation würde die Produktivität erhöhen. Eine Verschiebung im Steuersystem, weg vom Faktor Arbeit, hin zu weniger verzerrend wirkenden Steuern, würde der Beschäftigung Auftrieb geben und die Einkommen von Geringverdienern steigen lassen.
- Durch eine Anhebung des Anteils der Umweltsteuern am Gesamtsteueraufkommen würden mehr Anreize zur Verringerung der Umweltverschmutzung geschaffen. Der Abbau von Hindernissen für die Ressourcenreallokation würde Strukturveränderungen in der Wirtschaft erleichtern, auch solche, die sich aus Anstrengungen zur Erfüllung der langfristigen Emissionsminderungsziele ergeben. Er würde Investitionen in neue Technologien fördern, einschließlich solcher, die für ein umweltfreundliches Wachstum nötig sind.

### Prioritäten von *Going for Growth 2017*

**Hindernisse für die Vollzeitbeschäftigung von Frauen beseitigen.** Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist hoch, die Zahl ihrer durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden jedoch gering, vor allem im Fall von Müttern und verheirateten Frauen.

**Ergriffene Maßnahmen:** Das Betreuungsgeld, von dem Negativeinreize für die Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgingen, wurde 2015 abgeschafft. Die Zahl der Kinderbetreuungsplätze ist gestiegen, und die Bundesregierung hat bis 2018 zusätzliche Mittel zugesagt. 2015 und 2016 wurden Programme zur Anhebung des Qualifikationsniveaus der Kinderbetreuungskräfte, zur Unterstützung der Sprachentwicklung der Kinder und zur Ausdehnung der Kinderbetreuungszeiten für Alleinerziehende und Eltern mit unüblichen Arbeitszeiten gestartet, die mehrere Jahre laufen sollen.

## Deutschland

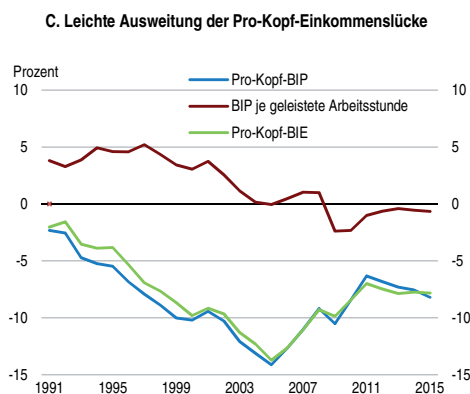
## Wachstumsleistungs- und Ungleichheitsindikatoren

A. Wachstum		
Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten (in %)	2003-2009	2009-2015
Pro-Kopf-BIP	0.9	1.7
Arbeitseinsatz	0.7	1.0
davon: Erwerbsquote	0.5	0.7
Beschäftigungsquote <sup>1</sup>	0.4	0.5
Beschäftigungskoeffizient <sup>2</sup>	-0.2	-0.3
Arbeitsproduktivität	-0.1	1.1
davon: Kapitalvertiefung	0.1	-0.8
Gesamtfaktorproduktivität	-0.2	1.9
Abhängigenquotient	0.2	-0.3

B. Ungleichheit		
	Stand	Jährl. Veränderung (in Prozentpunkten)
	2013	2008-2013
Gini-Koeffizient <sup>3</sup>	29.2 (31.7)*	0.1 (0)*
Auf die ärmsten 20% entfallender Anteil am verfügbaren Volkseinkommen	8.6 (7.7)*	0 (0)*

\* OECD-Durchschnitt

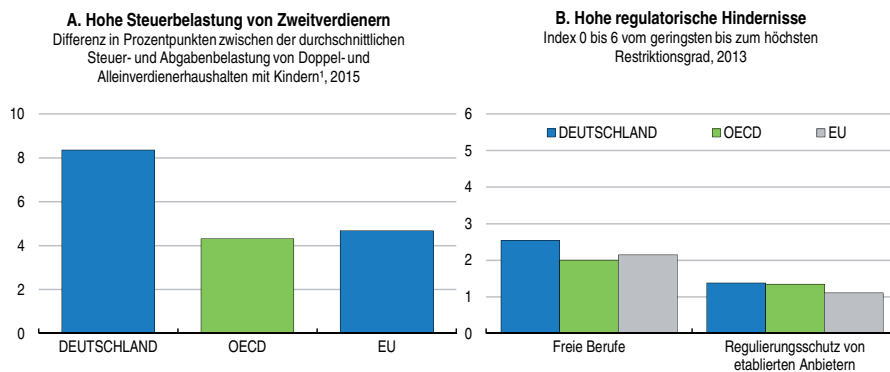


- Die Beschäftigungsquote ist der Anteil der Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung; eine positive Wachstumsrate entspricht einem Rückgang, eine negative einer Zunahme der strukturellen Arbeitslosenquote.
- Diese Anpassungsvariable wurde in die Zerlegung aufgenommen, um den Effekt gebietsfremder Beschäftigter zu erfassen.
- Der Gini-Koeffizient misst, inwieweit die Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von einer perfekten Gleichverteilung abweicht. Ein Wert von null entspricht vollkommener Gleichheit, ein Wert von 100 extremer Ungleichheit.
- Prozentualer Abstand gegenüber dem unter Verwendung von Bevölkerungsgewichten gewichteten Durchschnitt der 17 OECD-Länder mit den höchsten Werten in Bezug auf Pro-Kopf-BIP, BIP pro Arbeitsstunde und Bruttoinlandseinkommen pro Kopf (in konstanten KKP von 2010).

Quelle: Teil A: OECD, Economic Outlook No. 100 Database; Teil B: OECD, Income Distribution Database; Teil C: OECD, National Accounts and Productivity Databases.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933455062>

## Politikindikatoren



- Die Besteuerung des Faktors Arbeit umfasst die Einkommensteuer, die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie etwaige sonstige lohnabhängige Abgaben abzüglich monetärer Transferleistungen. Den Berechnungen liegen Ehepaare mit zwei Kindern zugrunde, in denen der Hauptverdiener den Durchschnittslohn und ein etwaiger Zweitverdiener 67% des Durchschnittslohns eines Vollzeitbeschäftigten verdient.

Quelle: Teil A: OECD, Taxing Wages Database; Teil B: OECD, Product Market Regulation Database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933455526>

**Empfehlungen:** Das Angebot an Ganztagskinderbetreuung sollte weiter ausgebaut werden. Der Betreuungsschlüssel in anerkannten Kinderbetreuungseinrichtungen sollte angehoben werden, die beruflichen Qualifikationen der Betreuungskräfte sollten weiter verbessert, und die Ausbildung sollte besser verzahnt werden. Was die Besteuerung von Doppelverdienerhaushalten betrifft, so sollte die Steuerbelastung für den Zweitverdiener gesenkt werden, beispielsweise durch einen gesonderten Steuerfreibetrag für Zweitverdiener.

## Deutschland

**Für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen.** Es besteht ein relativ starker Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hintergrund und Bildungserfolg. Viele der in jüngster Zeit eingereisten Flüchtlinge verfügen nicht über formelle Qualifikationen. Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung haben in höherem Alter vergleichsweise geringe Verdienstaussichten, und ihr Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko steigt mit zunehmendem Alter.

**Ergriffene Maßnahmen:** Ein paar weitere Bundesländer haben die Zahl der verschiedenen Schultypen reduziert, die Schülerinnen und Schüler werden aber im Allgemeinen immer noch spätestens im Alter von 12 Jahren auf verschiedene Bildungsgänge verteilt. 2015 startete ein Mentoringprogramm, um den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben zu erleichtern und die Schulabbrecherquote zu senken. Es wurde eine Initiative eingeleitet, um Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen zu integrieren. Seit 2015 stellt die Bundesregierung zusätzliche Mittel für die Investitionsförderung in Kommunen bereit, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, was auch zur Verbesserung der schulischen Infrastruktur dient. Die Bedarfsätze der Bundesausbildungsförderung (BAföG) wurden 2016 um 7% angehoben. Die Bundesregierung hat eine Evaluierung der Kompetenzen der Flüchtlinge eingeleitet, die Schulungsangebote für sie ausgeweitet und ihren Zugang zum Bildungssystem erleichtert. Sie hat die Anreize zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge gestärkt, indem sie beispielsweise die rechtlichen Hürden für die Aufnahme einer Beschäftigung gesenkt hat.

**Empfehlungen:** Die frühe Selektion und die Beschulung von Kindern in Förderschulen sollten weiter reduziert werden. Das Angebot an Ganztagsgrundschulen sollte vergrößert, und Schulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit ungünstigem sozioökonomischem Hintergrund sollten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Klassenwiederholungsquoten sollten gesenkt werden. Zuwandererkinder sollten in Regelschulklassen integriert werden und zugleich spezifische Sprachförderung erhalten. Die Möglichkeiten für lebenslanges Lernen sollten gefördert, und es sollte für ein höheres Allgemeinbildungsniveau der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung gesorgt werden. Flüchtlinge sollten zur Inanspruchnahme von Kinderbetreuung ermutigt werden. Die Schulungsmöglichkeiten für Neuzuwanderer und die Anerkennung ihrer Qualifikationen sollten verbessert werden. Es sollte eine Bestandsaufnahme und Evaluierung sämtlicher Integrationsmaßnahmen vorgenommen werden. Noch bestehende Hindernisse für den Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden mit guter Bleibeperspektive sollten beseitigt werden.

**Wettbewerbshindernisse im Dienstleistungssektor abbauen.** Regulatorische Wettbewerbshindernisse in einigen Dienstleistungsbranchen bremsen das Produktivitätswachstum. Es herrscht nicht genügend Wettbewerb, um den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze anzukurbeln, was Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien behindert. Die öffentlichen Verwaltungen machen wenig Gebrauch von Methoden des E-Government und E-Procurement.

**Ergriffene Maßnahmen:** Die Bundesregierung plant die Aufhebung der Preisregelungen für Steuerberaterleistungen in bestimmten Fällen. Der Zugang alternativer Anbieter zum Schienennetz des Ex-Monopolisten wurde etwas verbessert. Die staatlichen Infrastrukturausgaben sind seit 2015 gestiegen, auch für die Schienenverkehrsinfrastruktur und den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen. Die Bundesregierung plant die Einführung eines Systems für die elektronische Beschaffung (E-Vergabe).

## Deutschland

**Empfehlungen:** Die Ausgabe von SIM-Karten sollte liberalisiert werden. Die elektronische Auftragsvergabe sollte durch Schulungen der zuständigen Mitarbeiter gefördert, und die elektronische Kommunikation der öffentlichen Verwaltungen sollte ausgebaut werden. Subventionen für den Breitbandausbau sollten gezielt auf die schnellsten Technologien ausgerichtet werden. Im Schienenverkehr sollte der Zugang neuer Anbieter zum rollenden Material gefördert und die Rolle der Bundesnetzagentur gestärkt werden. Im Bereich der Postdienstleistungen sollten gleiche Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der Umsatzsteuer geschaffen werden. In den freien Berufen gilt es, die Gebühren- und Honorarregelungen abzuschaffen, z.B. für Architekten und Ingenieure, das Spektrum der Tätigkeiten zu reduzieren, die nur von bestimmten Berufsgruppen ausgeübt werden dürfen, und die Kapitalbeteiligungs- und Werbebeschränkungen zu lockern. Die Qualifikationsanforderungen für die selbstständige Berufsausübung (Meisterpflicht) sollten in einigen Handwerksberufen gelockert werden.

**Die Steuer- und Abgabenbelastung auf Erwerbseinkommen senken und eine Umorientierung hin zu weniger verzerrenden Steuern vornehmen.** Die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist nach wie vor hoch, vor allem im Niedriglohnbereich, und das Gewicht der Besteuerung liegt zu stark auf den Erwerbseinkommen.

**Ergriffene Maßnahmen:** Die Sozialversicherungsbeiträge wurden 2015 um 0,1 Prozentpunkt reduziert. Die Einkommensteuern wurden 2016 geringfügig gesenkt. Kindergeld und Kinderfreibeträge wurden angehoben. 2016 und 2017 werden die Sozialversicherungsbeiträge jedoch voraussichtlich um 0,4 Prozentpunkte steigen. Die Länder haben sich auf ein gemeinsames Modell für die Bemessung der Grundsteuer verständigt.

**Empfehlungen:** Die Sozialversicherungsbeiträge sollten gesenkt werden, vor allem für Geringverdiener. Die Steuererleichterungen für umweltschädliche Aktivitäten sollten auslaufen, die Energiesteuersätze schrittweise an der CO<sub>2</sub>-Intensität ausgerichtet werden, und NO<sub>x</sub>-Emissionen sollten besteuert werden. Die Wertansätze für die Grundsteuer sollten aktualisiert werden, und die Abgeltungssteuer sollte auf Gewinne aus der Veräußerung von Wohnimmobilien ausgedehnt werden (außer im Fall von selbstgenutztem Wohneigentum). Die ermäßigten Umsatzsteuersätze, z.B. für Beherbergungsleistungen, sollten abgeschafft werden. Die Steuersätze auf Kapitaleinkünfte der privaten Haushalte sollten auf den Grenzsteuersatz der Einkommensteuer angehoben werden, der für das übrige Haushaltseinkommen gilt.

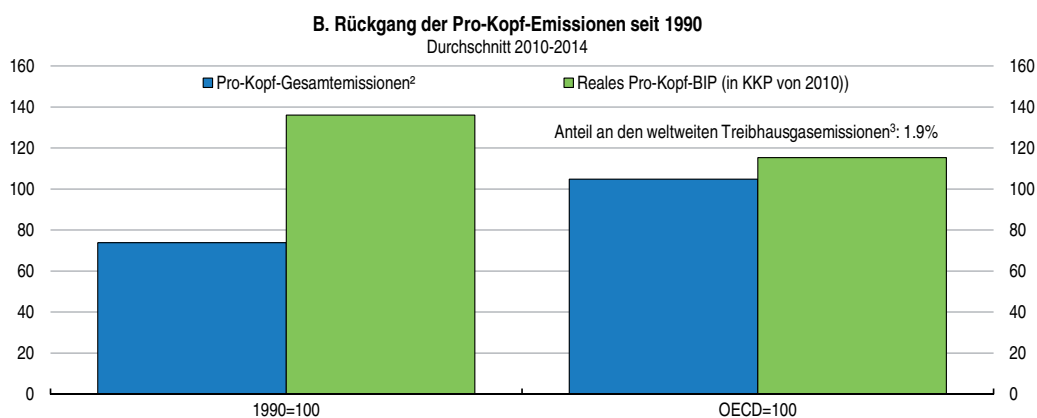
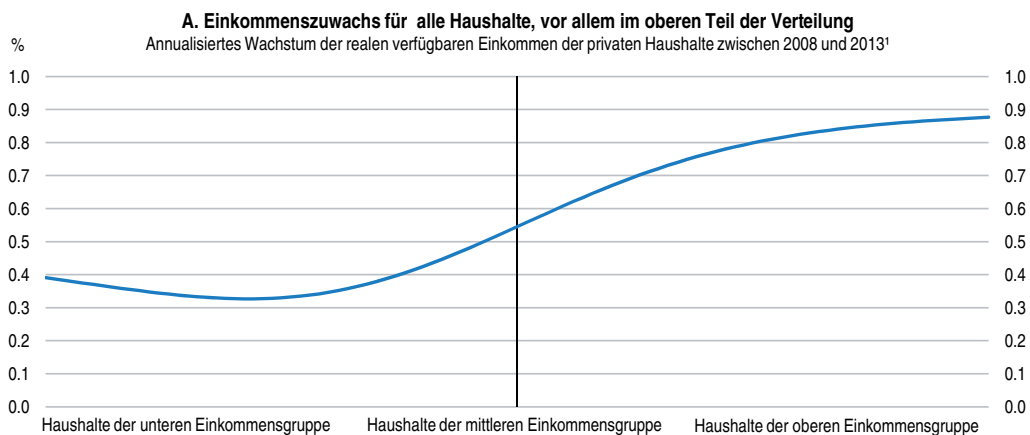
**\*Regulatorische Hindernisse für eine dynamische Unternehmensentwicklung beseitigen.\*<sup>1</sup>** Regulatorische Verzerrungen und staatliche Beteiligungen im Unternehmenssektor beeinträchtigen die Ressourcenallokation und behindern Investitionen in Wissenskapital.

**Empfehlungen:** Die Governance staatlicher Beteiligungen (Landesbanken, Automobilindustrie, Telekommunikationssektor und Postdienste) sollte verbessert werden, oder diese Beteiligungen sollten veräußert werden. Die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Rechtsvorschriften sollte gestärkt werden, etwa durch die Schaffung einer unabhängigen Einrichtung, die entsprechende Untersuchungen durchführt, sowie durch mehr Transparenz im Hinblick auf die Beteiligung von Lobbyisten am öffentlichen Entscheidungsprozess. Hindernisse für die Portabilität der Pensionsansprüche von Beamten sollten beseitigt werden. Die Befreiungen von der Erbschaftsteuer für Familienunternehmen sollten abgeschafft und die Besteuerung von Immobilientransaktionen sollte verringert werden.

1. Neue Politikprioritäten aus *Going for Growth 2017* (im Vergleich zur Ausgabe 2015) sind durch Sternchen davor und danach gekennzeichnet.

## Deutschland

### Weitere Politikziele (außer Pro-Kopf-BIP)



1. Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten der verfügbaren Einkommen (d.h. nach Steuern und Transferleistungen) entlang der Einkommensverteilung im Zeitraum 2008-2013. Die verfügbaren Einkommen beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung. Einkommensdaten in konstanten Preisen (OECD-Basisjahr 2010).
2. Gesamte Treibhausgasemissionen einschließlich Landnutzung, Landnutzungsveränderungen und Forstwirtschaft in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (UNFCCC). Der OECD-Durchschnitt (ohne Israel und Korea) wurde nach der gleichen Definition berechnet.
3. Berechnung des Anteils an den weltweiten Treibhausgasemissionen auf der Grundlage von Daten der Internationalen Energie-Agentur (IEA) von 2010.

Quelle: Teil A: OECD, Income Distribution Database; Teil B: OECD, National Accounts and Energy (IEA) Databases, United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) Database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933455982>